

Erinnerungsvermerk

=====

über eine Besprechung mit Bundesminister Dr.Kamitz am Mittwoch,
den 25.Mai 1955, um 17 Uhr.

Über mein Verlangen kommen wir zusammen, um über einige Fragen der Durchführung des Staatsvertrages zu reden. Ich weise darauf hin, daß die Übernahme der USIA-Betriebe wirtschaftliche und personelle Fragen aufwirft, die eine gemeinsame Behandlung durch beide Parteien erfordern. Dazu sind wir auch auf Grund des Koalitionspaktes verpflichtet, der für solche Fragen Paritätische Kommissionen bei den beiden Ministerien vorsieht. Ich verweise Kamitz darauf, daß ich darüber bereits mit Bundeskanzler Raab und Nat.Rat Maleta gesprochen habe und darüber Parteienbesprechungen in der nächsten Woche beginnen sollen. Kamitz zeigt sich informiert und bestätigt, daß diese Fragen der Koalitionsvereinbarung unterliegen. Ich erwähne, daß mir von der Arbeiterkammer bereits ein Schreiben vorliegt, worin sie aufmerksam macht, daß das Finanzministerium mit der Handelskammer die Einsetzung öffentlicher Verwalter vorbereitet, ohne sich - wie das im Gesetz vorgesehen ist - mit der Arbeiterkammer ins Einvernehmen zu setzen. Kamitz gibt zu, daß sich das Finanzministerium mit diesem Fragenkomplex beschäftigt hat, weil es der Meinung ist, daß für die Übergangszeit öffentliche Verwalter notwendig sein werden. Das bedeute aber nicht, daß es einseitig vorgehen will. Er habe von der Arbeiterkammer übrigens auch eine solche Warnung bekommen.

Ich sage auch ihm, daß es meines Erachtens unzweckmäßig wäre, vor Parteienverhandlungen Festlegungen in der Öffentlichkeit zu treffen, weil die in Frage kommenden Betriebe individuelle Lösungen erfordern werden. Damit erklärt er sich einverstanden, sagt aber so wie Maleta, daß vor den im nächsten Jahr fälligen Wahlen Kompetenzverschiebungen für ihn und die Volkspartei nicht möglich wären, d.h. daß Unterstellungen von Betrieben, die nicht im Verstaatlichungsgesetz aufscheinen, unter das Verkehrsministerium für sie undiskutabel sind. Ich sage nur, daß man über all das wird reden müssen und man sich eben zusammensetzen soll, bevor man irgend welche Festlegungen trifft. Die Detailbesprechungen werden ja doch in Anwesenheit von uns beiden geführt werden, da ressortmäßig uns diese Fragen betreffen.

Wir kommen auf die wirtschaftlichen und finanziellen Probleme zu reden, die dabei eine Rolle spielen werden. Ich schlage Kamitz vor, daß wir den Rest der Counterpartmittel und die Rückflüsse aus den Counterpartkrediten in erster Linie für die Instandsetzung und Modernisierung der USIA-Betriebe verwenden, die zum Unterschied zur übrigen Wirtschaft bisher von der ERP-Hilfe ausgeschaltet waren. Einen solchen Vorschlag hätte ich vor mehreren Wochen den politischen und wirtschaftlichen Funktionären im Statdepartement in Washington auch gemacht. Dort wäre der Vorschlag zustimmend aufgenommen worden unter der Voraussetzung, daß sich die österreichische Regierung ihn zu eigen macht. Kamitz zeigt sich davon sehr begeistert und stimmt zu, weil damit eine wesentliche Sorge zu einem großen Teil behoben werden kann. Hinsichtlich der Beschäftigung ist er im Hinblick auf die Lieferungen an Rußland und die hohe Beschäftigung im Inland zuversichtlich.

Wir kommen auch auf die Lieferungen an Rußland auf Grund des Staatsvertrages zu sprechen. Sowohl die Sachlieferungen zur Ablöse der 150 Millionen Dollar wie auch die Erdöllieferungen zur Ablöse der Erdölfelder und Betriebe werden das Budget belasten. Beide sind wir uns einig, daß für die nächste Zeit (heuer und nächstes Jahr) dadurch wahrscheinlich keine ernste Schwierigkeit entstehen wird, weil die Kassenlage des Bundes infolge der hohen Beschäftigung außerordentlich gut ist. Später allerdings können sich schon sehr ernste Schwierigkeiten ergeben, umsomehr als ja auch dann die Heeresausgaben dazukommen. Kamitz erklärt, er wolle dafür keine Anleihe aufnehmen, weil das rein inflationistisch wirken würde.

Besorgt tut Kamitz für die Zukunft der Erdölbetriebe, die seiner Meinung nach große Mittel erfordern und große Risiken beinhalten, die der Staat nicht wird übernehmen können. Er deutet an, daß ihm seine Leute darauf hinweisen, daß für die öffentliche Verwaltung der "Österreichischen Mineralölverwaltung" ihm Kompetenzen zustünden. Ich erwidere ihm darauf, daß hier das Verstaatlichungsgesetz und der Staatsvertrag eindeutige Bestimmungen enthalten. Meine Information geht dahin, daß die Russen der Übertragung der Erdölbetriebe in österreichischen Besitz nur zugestimmt haben, weil sie versichert wurden, daß sie in den Besitz der öffentlichen Hand kommen. Sie haben sich überdies versichert, daß diese Betriebe nicht Fremden

übereignet werden. Darauf meint Kamitz, an eine Veräußerung sei auch nicht gedacht, aber man könne eine Verpachtung in Betracht ziehen. Das erkläre ich für unmöglich, weil ich es als einen Dreh ansehen würde und ich annehmen muß, daß alle anderen, insbesondere auch die Russen, so denken würden. Wir können uns meiner Meinung nach das gar nicht leisten, ganz abgesehen davon, daß es auch nicht notwendig und zweckmäßig vom wirtschaftlichen Standpunkt gesehen ist. Kamitz lenkt ein, man wird ja über alle diese Dinge zu reden Gelegenheit genug haben.

Unabhängig von den vorgesehenen Parteienverhandlungen schlage ich vor, daß sich die Beamten der beiden Ressorts zusammensetzen, um die formaljuristischen Fragen im Zusammenhang mit der Übernahme der USIA-Betriebe zu klären, damit keine Zeit verloren wird und im Falle der Übergabe sofort gehandelt werden kann. Kamitz stimmt zu und wir verbleiben dabei, daß die wirtschaftspolitischen und personellen Fragen den Parteienverhandlungen vorbehalten bleiben.

